

# Der Reidenmeister

Geschichtsblätter für Lüdenscheid Stadt und Land

Herausgegeben vom Lüdenscheider Geschichtsverein e. V.

Nr. 75

6. Mai 1980

Dr. Günther Deitenbeck:

## Die Geschichte des Brandschutzes in Lüdenscheid

Fortsetzung

### Notwendige Investitionen

Anders als Vereine üblicher Art mußte die Lüdenscheider Freiw. Feuerwehr von Anfang an mit hohen Investitionen rechnen: die Mannschaften mußten eingekleidet und mit dem notwendigen Werkzeug ausgerüstet werden. Größere Geräte (Spritzen, Wasserzubringer usw.) mußten angeschafft werden. Und zwar mußte dies bald geschehen, wenn die Feuerwehr überhaupt tätig werden und ihr Können beweisen wollte. Wir haben schon gesehen, daß im Gründungsjahr durch Sammlungen namenhafte Beträge aufgebracht wurden. Weitere Beträge, wenn auch geringeren Umfangs, kamen durch die Mitgliedsbeiträge ein. Auch dies war ein Grund, den Verein nicht nur auf die aktiven Mitglieder zu beschränken. Der Jahresbeitrag betrug 1,- Mk. Bei einer Mitgliederzahl von 975 im Jahre 1903 schlug das schon zu Buche, konnte aber bei weitem nicht die Unkosten decken. So hatte der Verein in den ersten Jahren oft Schulden, im Oktober 1879 über 1000,- Mk, die durch weitere Sammlungen abgedeckt werden konnten. Er bat die Stadt um Unterstützung, stieß aber hier zuerst auf Zurückhaltung, bis allmählich der Werbeeffect der Übungen und die Bewährung der Freiw. Feuerwehr bei Bränden auch hier wachsende Zustimmung und Unterstützungsbereitschaft weckten. Es war in dieser Lage sehr vorteilhaft, daß Bürgermeister Selbach von Anfang an für die Sache der neuen Wehr eintrat. Oft erschien er in den Vorstandssitzungen und gab wichtige Anregungen. Er unterstützte energisch die Bitten der Feuerwehr um Spenden an die Feuerversicherungen, in deren Interesse es liegen mußte, wenn durch eine schlagkräftige Wehr bei Bränden größere Schäden vermieden werden konnten. So schrieb er am 1. Nov. 1878, also kurz nach der Gründung des Vereins: »Zweifelsohne wird eine freiwillige Feuerwehr, in der beabsichtigten Weise eingerichtet und ausgerüstet, bei vorkommendem Brandunglück von außerordentlichen Nutzen sein, und da mir die Persönlichkeiten der Vorstandsmitglieder die nöthige Garantie dafür bieten, daß die Angelegenheit... mit allem Ernste und mit aller Gewissenhaftigkeit zur Ausführung gebracht und späterhin auch mit der nöthigen Energie betrieben werden wird, so kann nebenstehender Antrag (der Feuerwehr um Spenden) meinerseits

nur dringend befürwortet werden«<sup>56</sup>). Selbachs Verdienste um die Freiw. Feuerwehr wurden später auch von höherer Stelle öffentlich anerkannt.

Viele Versicherungsgesellschaften antworteten positiv und stifteten z. T. namenhafte Summen. Aber 1880 mußte die Feuerwehr die Stadt schon wieder um einen Zuschuß von 2500,- Mk bitten, und als das Gesuch lange ohne Antwort blieb, veranstaltete die Feuerwehr mit dem Männerchor des städtischen Gesangvereins ein öffentliches Konzert, das einen Reinerlös von 587 Mk brachte. 1882 gab die Stadt der Feuerwehr einen Kredit von 1500,- Mk zur Beschaffung von 65 Uniformen und anderen Ausrüstungsgegenständen und zur Deckung der vorhandenen Schulden. Erst in dem schon erwähnten Bericht an den Landrat v. 2. März 1904 wurde rückschauend festgestellt: »Für die Freiw. Feuerwehr trägt seit einiger Zeit die Stadt die ganzen Ausstattungs- und Unterhaltungskosten. Seit dem 1. April 1899 sind 1803,14 Mk aus der Stadtkasse gezahlt. Die Zuschüsse sind nicht jährlich festgelegt«<sup>57</sup>). Sie wurden für kleinere Ausrüstungsgegenstände (Helme, Signalhörner usw.) und Ausgaben verwendet. Ab 1908 erhielt die Feuerwehr von der Stadt eine feste jährliche Summe von 700,- Mk für kleinere Unkosten.

Neben den Spenden der Versicherungsgesellschaften und den Beiträgen der Stadt kamen auch zahlreiche Spenden von privater Seite. Hier seien nur die bedeutendsten genannt: Im Juni 1884 spendete Frau Staatsanwalt Hueck 2500,- Mk, von denen 1500,- Mk für die Unterstützungskasse und 1000,- Mk für Bekleidung und Werkzeuge verwendet werden sollten. Im Oktober 1887 spendete Frau Wwe. Wilhelm Ritzel 10 000,- Mk für die Unterstützungskasse, 1903, zum 25jährigen Bestehen der Wehr, Jul. Abmann sen. 1000,- Mk, deren Zinsen alljährlich für invalide, bedürftige Feuerwehrleute bestimmt waren, und Jul Turck 1500,- Mk, deren Zinsen der Sterbekasse zufließen sollten. Für rasche und wirksame Hilfe bei einem Fabrikbrand am 29. Nov. 1882 spendete die Fa. Gebr. Noelle der Freiw. Feuerwehr 1500,- Mk für die Unterstützungskasse. Fa. P. C. Turck Wwe. gab aus dem gleichen Grund Anfang 1887 1400,- Mk; davon sollten 1000,- Mk in die

Unterstützungskasse fließen, 300,- Mk an die aktiven Mitglieder verteilt werden, und 100,- Mk der Anschaffung einer Vereinsfahne dienen. (s. o.) 1911, in einem Jahr mit vielen großen und kleinen Bränden, stifteten Lüdenscheider Fabrikanten und die Gothaer Feuerversicherung der Freiw. Feuerwehr als Anerkennung 1150,- Mk. Die Prämienzahlung an die, die als erste an der Brandstelle waren, wurde in den ersten Jahren beibehalten.

### Soziale Fürsorge

Bei dem Vereinscharakter der neuen Wehr und der Freiwilligkeit der Mitgliedschaft blieben die Feuerwehrleute im Gegensatz zu einer Berufsfeuerwehr in ihren erlernten Berufen, in denen sie seit 1884 durch die soziale Gesetzgebung Bismarcks gegen Unfälle geschützt waren. Wie stand es aber bei Unfällen, die sie bei der Bekämpfung von Bränden erlitten, was je nach den Umständen häufig geschehen konnte? Wie sehr diese Frage alle die bewegte, die die neue Wehr unterstützten, zeigt die häufige Zweckbestimmung der Spenden für eine Unterstützungskasse. Schon bald, 1880, wurde deshalb eine Unfall-Unterstützungskasse für die Freiw. Feuerwehr gegründet, einer Anregung des Bürgermeisters Selbach folgend. Den Anstoß dazu gab die Spende von 150,- Mk, die Herr Heymann »als Anerkennung und Dank für die beim Brande seiner Fabrik geleistete Thätigkeit« überwiesen hatte. Davon sollten 75,- Mk als Grundlage »eines Fonds zur Unterstützung von Feuerwehrleuten benutzt werden, welche im Dienst derart Schaden nehmen, daß sie in ihrer bürgerlichen Erwerbsthätigkeit behindert sind. Die 75,- Mk sind in der Sparkasse anzulegen«<sup>58</sup>). Ende 1882 belief sich der Fonds mit den schon erwähnten Spenden auf 2087,- Mk. Gleichzeitig versuchte Bürgermeister Selbach, die Stadtvertretung dazu zu bewegen, die aktiven Mitglieder der Wehr bei der Schles. Unfallversicherungsgesellschaft zu versichern. 1885 trat die Stadt der Westf. Feuerwehr-Unfallkasse bei. Im gleichen Jahr belief sich das Vermögen des Fonds auf 3587,- Mk. Die Verwaltung der Gelder wurde dem Bürgermeister übertragen und die Zinsen des Vermögens dazu verwandt, die nur gering bemessenen Unter-

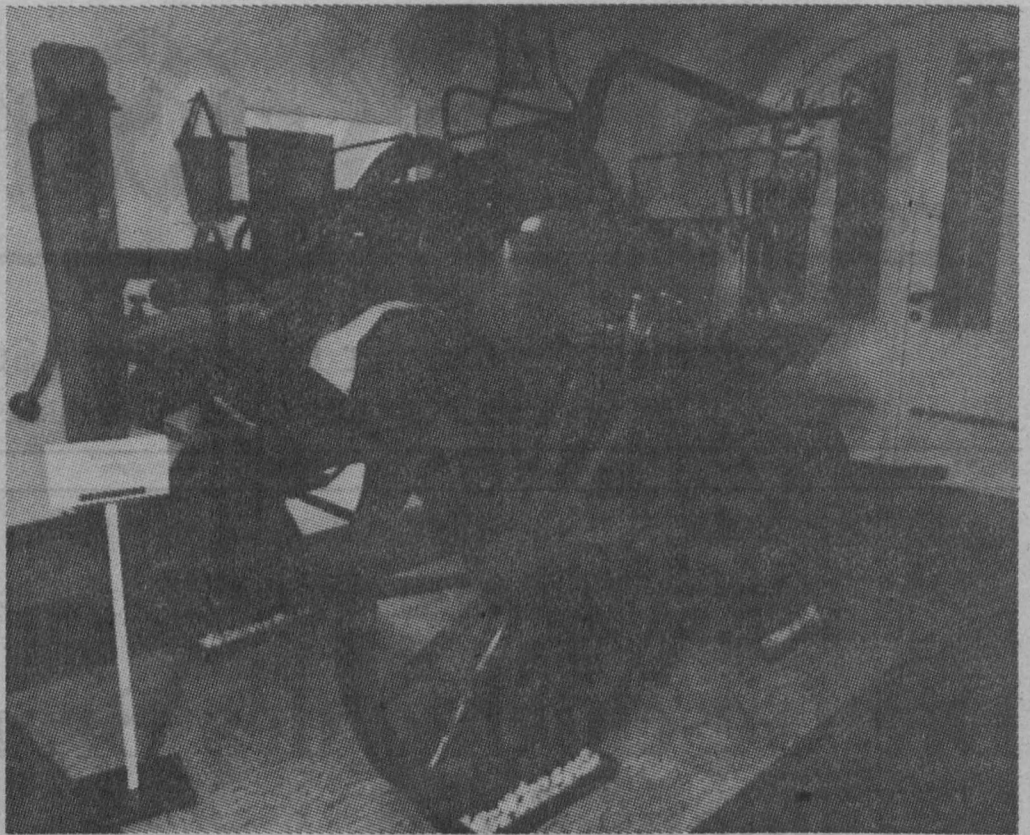
stützungen der West. Unfallkasse für den gleichen Zeitraum zu erhöhen. Der Bürgermeister sagte dazu in der Generalversammlung v. 21. Okt. 1888: »... wenn die Wehr auch bei der westfälischen Unfallkasse versichert sei, so böten doch die Schenkungen den Mitgliedern noch bedeutende Vorteile, so daß der Feuerwehrmann ohne Sorgen seinem schweren Beruf obliegen kann. Die Unterstützung erstreckt sich nicht allein auf den augenblicklichen Unfall sondern giebt auch im Fall eines tödlichen Ausganges den Hinterbliebenen des Verunglückten hinlängliche Entschädigung<sup>59)</sup>.« In diesem Jahr betrug das Vermögen der Wehr insgesamt 15 067,39 Mk.

Die Übertragung der Verwaltung der Gelder an den Bürgermeister führte dazu, daß der Vorstand der Feuerwehr überhaupt nicht mehr über die Kontenbewegung informiert wurde und keinen Einblick erhielt. Deshalb richtete der Vorstand am 18. Nov. 1896 an den Magistrat einen Brief, in dem er sich darüber beklagte, daß er schon mehrfach um Aufklärung über die Verwendung der Gelder gebeten habe, jedoch bisher ohne Erfolg. Es heißt dann: »Wir sind und halten uns auch verpflichtet, der Lüdenscheider Freiw. Feuerwehr hierüber Aufschluß zu geben. Das Vermögen der Lüdenscheider Freiw. Feuerwehr besteht in hochherzigen Geschenken von Bürgern, welche der Feuerwehrsache zugeneigt sind und mit der ausdrücklichen Bestimmung, daß von den Zinsen dieser Capital-Zuwendung nur die im Dienste der Wehr beschädigten Mannschaften unterstützt werden sollen. Jede andere Ausgabe aus diesem Fonds ist nicht gerechtfertigt. Wir bitten deshalb E. W. Magistrat ganz ergebenst um möglichst baldige Aufklärung über die aus unserem Fonds verausgabten Gelder...; bitten auch gleichzeitig im Stadt-Etat in Zukunft unserem Vermögensconto eine besondere Rubrik einzuräumen, da diese Gelder nur der Freiw. Feuerwehr gehören, über welche die städtische Behörde nur die Oberaufsicht hat. Das Recht der Anweisungen auf Unterstützungen im Dienst beschädigter Mitglieder muß dem zeitigen Vorstand und Commando der Lüdenscheider Freiw. Feuerwehr verbleiben<sup>60)</sup>.« Die Stadt kam dieser Bitte nach, so daß von 1897 an die Rechnungslegung des Unterstützungsfonds jeweils in der Generalversammlung verhandelt wurde. Am 30. Sept. 1897 betrug der Bestand der Kasse 20 197,58 Mk. Verunglückten Feuerwehrleuten konnten daher in Verbindung mit den Zahlungen der Westf. Unfallkasse namhafte Beträge ausgezahlt werden. Im Nov. 1919 wurde mit dem damaligen Oberbürgermeister Schumann die Anlage eines Sonderkontos bei der Sparkasse mit der Bezeichnung »Unterstützungsfonds der Feuerwehr der Stadt Lüdenscheid« vereinbart. Es hatte damals einen Bestand von 10 548,38 RM. Nach dem 2. Weltkrieg wurde der Unterstützungsfonds aufgelöst, weil die gesetzliche Feuerwehr-Unfallkasse ausreichende Unterstützung leistete.

Neben dieser Unfallkasse wurde am 1. März 1901 eine Sterbekasse gegründet, die auf eine schon 1899 gegebene Anregung des Hauptmanns Wilh. Feldmann zurückging. Hierfür spendete Jul. Turck jun. im Jahre 1900 1000,- Mk. Sie ist »die einzige derartige Selbsthilfeeinrichtung im gesamten deutschen Feuerwehrverband<sup>61)</sup>.« Der jährliche Zuschuß der Stadt betrug nach dem 2. Weltkrieg 1500,- DM. Sie erhöhte ihn später auf 4000,- DM, damit die Feuerwehren der ehemaligen Landgemeinde Lüdenscheid am 1. Jan. 1972 beitreten konnten<sup>62)</sup>.

### Die Ausrüstung

Vor allem trat der Vorstand der Freiw. Feuerwehr immer wieder an die Stadt heran, ihren aktiven Mitgliedern nun auch moderne, zweckentsprechende Geräte zur Verfügung zu stellen. Dazu gehörten neben Uniformen, Helmen, Gurten, Signalhörnern usw. große Geräte wie Spritzen, Leitern und Wagen. Die Stadt pflegte sich vor Anschaffungen größerer Art in anderen Städten nach deren Erfahrungen zu erkundigen, während die Feuerwehr selbst fachkundig empfahl, was wohl nach den örtlichen Gegebenheiten das beste sei. 1881 besaß Lüdenscheid insgesamt 6 Saug- und Druckspritzen



Museum der Stadt Lüdenscheid: Vierrädrige Handdruckspritze  
Hergestellt in Aachen, Baujahr 1889. Letzter Einsatzort: Brügge, bestehend aus: mittig angeordnetem Windkessel, 2 Saug- und Druckzylindern, innenliegendem Absperrorgan mit Druckpolsterbehälter, Halterung für 6 Druckschläuche, 5 formfeste Saugschläuche, Saugkorb aus Kupfer.

und 3 Handspritzen, dazu 6 Wasserzubringer. Alle Geräte waren in zwei in der Mitte der Stadt gelegenen Spritzenhäusern untergebracht. In Oeneking wurde eine Scheune als Unterstellraum für eine neue Druckspritze angemietet. Statt der früher gebräuchlichen Lederschläuche, die nur schwierig zu trocknen waren und deshalb leicht faulten, schaffte die Stadt Hanfschläuche an, deren Lebensdauer allerdings aus den gleichen Gründen nicht viel länger war. 1886 wurde deshalb ein Trockenturm errichtet. Erst später konnte man auf gummierte Schläuche übergehen. 1888 kaufte die Stadt eine freistehende Schiebeleiter von 16 m Länge, eine sogen. mechanische Leiter, die erst 1938 durch eine Stahlleiter ersetzt wurde, nachdem 1926 eine zweite Leiter von 20 m Länge den Gerätepark vervollständigt hatte. 1904 besaß die Freiw. Feuerwehr eine für den Einsatz ausreichende Anzahl von Spritzen, Leitern und Wagen mit dem nötigen Zubehör, außerdem einen Rettungsschlauch und andere kleinere Geräte. Hand in Hand mit der Erweiterung des Geräteparks ging die Ausstattung des einzelnen Feuerwehrmannes mit Uniform, Lederhelm, Gurt und den sonstigen Gegenständen, die er bei einem Brand benötigte.

Die zunehmende Zahl der Geräte machte ihre bessere Unterbringung erforderlich. Bisher standen sie in zwei Holzschuppen an der Ecke Graben- und Frh.-vom-Stein-Straße und in der Corneliusstraße neben der Medardusschule, Unterkünfte, die auch äußerlich nicht mehr zu der sich rasch entwickelnden Stadt paßten.

Schon 1880 hatte die Fa. Ritzel eine Spende von 600,- Mk für die Vergrößerung bzw. den Neubau eines Spritzenhauses gegeben. 1892 beschloß die Stadt den Bau eines geräumigen Spritzenhauses an Stelle des alten Schuppens in der Corneliusstraße, nachdem gründliche Auskunft über die zweckmäßigste Gestaltung in anderen Städten und bei anderen Feuerwehren eingeholt worden war<sup>63)</sup>. Später wurde in dem neuen Gebäude auch ein Schulungsraum eingerichtet. Dies Haus, in dem im Obergeschoß lange die Stadtbücherei untergebracht war, hat der Feuerwehr bis nach dem 2. Weltkrieg zur Verfügung gestanden, bis es nach dem Umzug der Feuerwehr in das neue, mit modernsten Einrichtungen versehene Feuer-

wehrgerätehaus an der Mathildenstraße im Jahre 1954 abgerissen wurde. Zusätzlich zu dem zentral gelegenen Gerätehaus in der Corneliusstraße wurden in Anpassung an die wachsende Ausdehnung der Stadt 1899 ein Depot an der Knapper Schule, 1902 eins im Ludwigshof im Westen und 1911/12 ein Depot im Kluser Viertel im Osten errichtet.

Der Feueralarm wurde 1911 auf eine elektrische Feuermeldeanlage, den sogen. »stillen Alarm«, umgestellt. Mit der Erfindung und zunehmenden Verbreitung des Telefons war schon 1906 zum 1. Mal eine solche Einrichtung zur Sprache gekommen. Sie wurde schon 1910 vom Magistrat genehmigt und am 3. Februar 1911 in Betrieb genommen. Viele werden sich noch an die kleinen roten Feuermeldekästen an den Hauswänden erinnern, denn sie wurden noch 1967 benutzt. Hinter einer Glasscheibe, die bei Feuergefahr eingeschlagen werden mußte, befand sich ein Druckknopf, mit dem auf der Polizeiwache Alarm gegeben werden konnte. Von dort wurden dann 20 Wehrleute und 3 Fabriken durch Alarmwecker benachrichtigt. Bei einem Kleinf Feuer genügte die Alarmierung durch diese Wecker, bei einem Großfeuer wurden die Hornisten angerufen, die dann die ganze Wehr alarmierten. Zuerst wurden 12 öffentliche Feuermelder, über die ganze Stadt verteilt, installiert, später waren es 26; dazu kamen noch 62 Hauswecker. Es mag heute von Interesse sein, daß es damals nur selten zu einer mißbräuchlichen Benutzung kam.

### Der Einsatz der Wehr

Während dieser Jahre mußte die Freiw. Wehr bei zahlreichen kleineren und größeren Bränden eingreifen, bei denen auch Menschen zu Schaden kamen. So wurden 1880 bei einem Brand in der Fabrik Brauckmann & Pröbsting der Inhaber schwer und ein Arbeiter tödlich verletzt. Im September 1891 kam es zu einem großen Schadensfeuer in der Fa. Gerhardt & Co in der Loher Straße. Das Jahr 1911 brachte 2 große Brände. Am 26. Januar dieses Jahres brach in der Druckerei Spannagel & Cäsar ein Feuer aus, das das Gebäude völlig in Schutt und Asche legte. Der Besitzer selbst, der versucht hatte, das Feuer zu löschen, konnte nur noch als verkohlte Leiche geborgen werden. Am 28. Juli brannte durch Blitzschlag der Saalbau der »Er-

holung« ab, ein Großbrand, der ältesten Lüdenscheidern sicherlich noch in lebhaftester Erinnerung sein wird.

Der Brand bei der Fa. Spannagel & Cäsar führte zu einer Kritik an der Einsatzbereitschaft der Feuerwehr. Sie konnte jedoch nachweisen, daß sie schon 5 Minuten nach dem Alarm an Ort und Stelle gewesen war, aber nicht sofort hatte eingreifen können, weil die Hydranten nicht in einem betriebsfähigen Zustand waren<sup>4)</sup>.

## 1. Weltkrieg und Weimarer Republik

### Der 1. Weltkrieg

Der 1. Weltkrieg stellte die Wehr vor eine besondere Bewährungsprobe. Nicht nur wurden von den 92 aktiven Wehrleuten nach und nach 54 zum Frontdienst eingezogen, den verbleibenden 38 Wehrleuten wurden neben der Brandbekämpfung auch noch weitere Aufgaben übertragen.

Noch Anfang August 1914 forderte die Stadt die Aufstellung einer Stadtwache und einer Bürgerwehr. Für die Stadtwache sollte die Feuerwehr 20 ihrer damals noch verbliebenen 55 Aktiven zur Verfügung stellen. Eine besondere Bürgerwehr hielt Brandmeister Schulte für unnötig, da die vorhandene aktive Wehr in Verbindung mit der Betriebsfeuerwehr der Fa. P. C. Turck Wwe zur Brandbekämpfung genüge. Jedoch wurde es jetzt wegen der geringen Zahl der Aktiven nötig, bei Bränden gleich welcher Art jeweils alle Wehrleute zu alarmieren, und deshalb wurde den Hornisten befohlen, in jedem Fall das Signal eines Großfeuers zu geben. Ein Erlaß des Innenministers vom 17. Aug. 1914 verpflichtete die Gemeinden, alles zu tun, »um das Feuerlöschwesen, dem in der Kriegszeit eine besondere Bedeutung, insbesondere wegen der Sicherung der Ernte zukommt, in einem den Bedürfnissen der öffentlichen Sicherheit entsprechenden Zustand zu erhalten«<sup>5)</sup>. Neben der Sicherung der Ernte wurde die Wehr in den ersten Monaten des Krieges auch zur Jagd auf Agenten eingesetzt – allgemein verbreitet war damals die Furcht vor Spionen –, und für die Dauer des Krieges hatte sie zusätzlich Polizeiaufgaben zu übernehmen. Übungen fanden nicht mehr statt und wurden erst 1916 wieder aufgenommen. 1917 stellten die verstärkten Einziehungen die Schlagkraft der Wehr so in Frage, daß die Bürger der Stadt aufgefordert wurden, freiwillig bei Bränden mitzuhelfen. Da sie keine Uniform tragen durften, mußten sie sich durch eine Armbinde kennzeichnen.

Die Einziehungen zum Frontdienst, die im Laufe des Krieges einen immer stärkeren Umfang annahmen, trafen alle Zweige des zivilen Lebens und der Wirtschaft. Das führte wieder zu einer unmittelbaren Rückwirkung auf den Brandschutz in Lüdenscheid: die 1911 installierte Feuermeldeanlage fiel 1915 aus und konnte wegen des Mangels an Fachkräften nicht repariert werden. Das Elektrizitätswerk teilte dazu am 21. Dez. 1915 mit: »Es ist uns nicht möglich, den Fehler zu finden. Auch kann uns augenblicklich die Firma Siemens & Halske mit entsprechend vorgeschulten Leuten nicht aushelfen. Diese Strecke muß daher bis nach Beendigung des Krieges außer Betrieb bleiben«<sup>6)</sup>. Es wurde daraufhin beschlossen, das Feuermeldesystem ganz außer Betrieb zu setzen und das Hornsignal wieder für die ganze Stadt einzuführen. Die Situation des Jahres 1917 wird in einem Schreiben der Wehr an den Magistrat vom 16. Jan. 1917 deutlich: »Wir können in unserer Stadt wirklich von Glück sagen; daß sie während dieser kritischen Zeit von Schadenfeuer so selten bedroht gewesen ist. Jedoch hat uns der Brand des Busch'schen Hauses Schützenstraße 28 gezeigt, welche Nachteile das Nichtfunktionieren der Alarmsignale im Gefolge haben kann... der Bestand unserer aktiven Wehrmannschaften ist infolge militärischer Einberufung bis auf 33 Mitglieder herabgesunken... Diese wohnen bis in die äußersten Stadtbezirke verteilt. Die Hornisten sind bis auf einen eingezogen, jedoch haben wir Vorsorge getroffen, daß auch andere Wehrleute das Feuersignal abgeben können, da uns

das Horn- oder Hupensignal nur noch fast allein zu Gebote steht. Von einem Brande zur Nachtzeit erhält gewöhnlich die Polizeiwache zuerst Nachricht. Ehe diese mal eine geeignete Alarmperson getroffen hat, vergeht geraume Zeit. Die später signalgebenden Wehrleute müssen alsdann die Stadtbezirke bis zur äußersten Grenze durchheilen, wenn die Signale von den Wehrleuten gehört werden sollen. Welch eine lange Zeit mit dieser Alarmierung verlorengelassen, ist leicht auszudenken. Bei dem erwähnten Busch'schen Brande konnte aus diesem Grunde die Wehr erst nach Verlauf von ca. ½ Stunde in Aktion treten. Mit Rücksicht auf unseren zeitigen geringen Mannschaftsbestand ist aber vor allen Dingen ein schleuniges Eingreifen erforderlich, wenn nicht Eigentum, Leben und Gesundheit der Bürger zu stark gefährdet werden sollen.« Das Schreiben schließt mit der Aufforderung an den Magistrat, alles zu veranlassen, um sofort wieder geordnete Alarmverhältnisse zu schaffen, um die »Unzuverlässigkeiten, die durch den augenblicklichen primitiven Notbehelf des Alarmierens hervorgerufen werden können«, zu beheben<sup>7)</sup>. Das Städt. Elektrizitätswerk schlug vor, die Feuerwehr möge einen Aufruf in die Zeitung setzen, »der auf die durch die Kriegsverhältnisse hervorgerufenen Schwierigkeiten des Alarmierens und auf die Gefahren eines großen Brandes hinweist; (er) würde der Wehr genügend Hornisten verschafft haben, sollte der Hörneruff auch nicht so melodisch klingen wie früher. Aber auch ohne Aufruf in den Zeitungen wäre man zum Ersatz der Hornisten zum Ziel gekommen; denn die Mannschaften der städtischen Kapelle würden als Ersatz in Frage kommen, desgl. die Spielleute der Jugendwehr, auch alle Angestellten und Arbeiter der städtischen Betriebe«<sup>8)</sup>. Abgesehen von 15 Bürgern der Stadt, die sich für die Mithilfe beim Löschen von Bränden verpflichtet, scheint der Vorschlag des Elektrizitätswerks auf wenig fruchtbaren Boden gefallen zu sein. Erst im Laufe des Jahres 1919 konnte die Reparatur der Meldeanlage in Angriff genommen werden. Sie wurde bis zum Ende des Jahres abgeschlossen.

Im letzten Kriegsjahr (1918) waren nur noch 49 aktive Mitglieder der Wehr mit O. F. Schulte als Brandmeister (früher Hauptmann) und Gust. Lindemann als Ehrenbrandmeister verfügbar. Dazu kamen die 15 Bürger der Stadt, die sich freiwillig zur Brandbekämpfung gemeldet hatten. Für ein inzwischen zur Mittelstadt herangewachsenes Gemeinwesen war das wenig genug. Seit 1900 war die Bevölkerung der Stadt bis 1914 von 25 521 um 34% auf 34 259 angewachsen. Entsprechend hatte sich das Bauvolu-

men von 1900 bis 1914 an Wohngebäuden von 1535 um 35% auf 2079, an übrigen Gebäuden aber von 670 um 66% auf 1109 vergrößert<sup>9)</sup>. Dabei handelte es sich vorwiegend um Fabriken, die häufig auch mit feuergefährlichen Materialien arbeiteten. Schon in den Friedensjahren vor 1914 war die Zahl von 92 Wehrleuten für die stürmische Entwicklung der Stadt ein Minimum gewesen. Ihre Verminderung auf 38 während des Krieges, bzw. 49 im Jahr 1918 war völlig unzureichend und mußte jeden Verantwortlichen im Hinblick auf die bestehenden Gefahrenmomente mit tiefster Sorge erfüllen, zumal man ab Herbst 1917 mit Fliegerangriffen rechnete<sup>10)</sup>. Unter diesen Umständen war es von außerordentlicher Bedeutung, daß es in den Kriegsjahren nicht zu größeren Bränden kam, die dann leicht zu einer Katastrophe hätten werden können.

### Die Nachkriegszeit

In der Generalversammlung vom 22. März 1919 konnte E. Nolte als Vorsitzender die aus dem Heer entlassenen aktiven Mitglieder begrüßen und richtete an sie die Bitte, »beim Neuaufbau unseres armen Vaterlandes alle Kräfte einzusetzen und auch der Wehr ebenso treu wie früher ihre Kräfte zu leihen«<sup>11)</sup>. O. Schnipper löste 1923 E. Nolte in der Leitung der Feuerwehr ab. Er blieb 1. Vorsitzender bis 1933 und starb im darauffolgenden Jahr. Dem Hauptmann, späteren Brandmeister O. F. Schulte (\* 1933), folgte 1933 der spätere Kreisfeuerwehrführer W. Schlötermann. Das Verzeichnis der aktiven Mitglieder von 1922 nennt die Zahl 92. Neben dem Ehrenbrandmeister Gust. Lindemann und den beiden Brandmeistern O. F. Schulte und H. Hollenberg gab es eine Spritzenabteilung (22 Mann), eine Steigerabteilung (22 Mann), eine Hydrantenabteilung (20 Mann), eine Hornistenabteilung (8 Mann) und eine Absperrabteilung (17 Mann). 1923 begann die Zusammenarbeit mit den Sanitätskolonnen des Roten Kreuzes: gemeinsame Übungen wurden veranstaltet. 1926 stieg die Zahl der aktiven Mitglieder auf 110, die der passiven auf 1300.

Wegen der wachsenden Ausdehnung der Stadt in westlicher Richtung wurde 1927 ein 2. Löschzug für den Grünewaldbezirk gebildet. Er bestand aus einer Steigerabteilung, einer Hydrantenabteilung, einer Spritzenabteilung und einem Hornisten. Übungen der beiden Züge fanden gemeinsam, nach Bedarf auch getrennt statt. In Tätigkeit konnte der neue Löschzug erst treten, nachdem 1928 an der Knapperschule ein größeres Depot mit allen erforderlichen Geräten eingerichtet worden war. Das Feuermelde- und Alarmsystem wurde entsprechend geän-



Feuerwehr-Gerätehaus Corneliusstraße, 1928

Foto: Huth

dert und in Zukunft nur die Wehr des betroffenen Stadtteils gerufen, es sei denn, es handelte sich um Brände großen Ausmaßes. Führer dieses Zuges wurde als 3. Brandmeister W. Schlötermann. Im Gefolge dieser Erweiterung der Wehr wurde 1929 der 1. Brandmeister O. F. Schulte zum Branddirektor ernannt, dem zwei Züge mit je einem Brandmeister unterstanden, eine Gliederung, die heute noch gilt.

Die Feier des 50jährigen Bestehens vom 31. Mai bis 3. Juni 1928 in Verbindung mit dem 38. Westf. Feuerwehrtag wurde für die ganze Stadt zu einem festlichen Ereignis. An dem Festzug durch die Stadt nahmen 224 Wehren mit 7000 Wehrleuten teil, 11 Musikkapellen und 53 Trommler- und Pfeiferkorps. Auf dem Schützenplatz fand eine große Übung statt, in der der Brand der Schützenhalle angenommen und die Bekämpfung dieses Brandes und die Rettung des Archivs der Schützengesellschaft aus dem Turm der Halle vorgeführt wurde.

Die Unruhe dieser Jahre machte vor der Feuerwehr nicht halt. Geringfügig war noch, daß aus der Bevölkerung gegen das frühe Wecken der Wehr an sonntäglichen Übungstagen durch die Signale der Hornisten Proteste laut wurden<sup>7)</sup>. Der Vorstand beschloß, »daß die Wehr nicht den Wünschen einzelner nervöser Menschen zuliebe auf das althergebrachte Wecken durch die Hornisten verzichten kann. Es wird weiter geblasen<sup>7)</sup>«. Tiefer gingen schon die von außen in die Wehr hineingetragenen Bestrebungen, das Tragen der bisher verliehenen Ehrenzeichen in den alten Reichsfarben zu verbieten. »Die Mißachtung der Reichsfarben (schwarz-rot-gold) durch den Brandmeister der Feuerwehr muß den schärfsten Protest aller Republikaner herausfordern«, schrieb die sozial-demokratische »Volkstimme« am 29. März 1928. Man war zuerst der Meinung, die Auszeichnungen in ihrer ursprünglichen Gestalt oder gar nicht zu tragen, einigte sich dann aber auf den Kompromiß, ein schwarz-weißes Band zu verwenden.

Nach dem Ende des 1. Weltkrieges bemühte sich die Stadt, die Ausrüstung der Freiwilligen Feuerwehr wieder auf den zeitgemäßen Stand zu bringen, nachdem in den Kriegsjahren darin nichts hatte geschehen können und der Bestand weithin veraltet war. Aber die galoppierende Geldentwertung während der bald einsetzenden Inflation verhinderte größere Anschaffungen. Zwar bewilligte die Stadt, den Wünschen der Feuerwehr entsprechend, 1921 10 000,- Mk für Neuanschaffungen und erhöhte den jährlichen Zuschuß von 700,- Mk auf 3000,- Mk. Bei den rasch steigenden Preisen dieser Jahre genügten diese Summen jedoch bei weitem nicht. Ende 1921 mußte die Stadt für Hanfschläuche für das Depot Ludwigshof 14 000,- Mk bezahlen. Ein Jahr später erhöhte sie ihren Zuschuß auf Anforderung der Wehr auf 25 000,- Mk jährlich. Mit der Anschaffung größerer Geräte mußte daher gewartet werden, bis bessere Zeiten kamen.

Nach Besserung der wirtschaftlichen Lage bedurfte es aber erst eines verheerenden Großfeuers, um die Stadt davon zu überzeugen, daß dringend etwas für die Modernisierung des Geräteparks der Feuerwehr getan werden mußte. Es war dies der Brand der Fabrik Fa. Karl Klinker & Co. in der Werdohler Straße am 28. Dez. 1925. Der Bericht des »Lüdenscheider Generalanzeigers« dazu sei deshalb hier wiedergegeben: »Ein Riesenbrand, wie ihn Lüdenscheid seit langem nicht erlebt hat, setzte in den gestrigen Abendstunden unsere Stadt in große Aufregung. Einer schaurig-schönen Riesenfackel gleich loderten kurz nach 8 Uhr abends Flammen über der Werdohlerstraße auf und lockten eine riesige Menschenmenge heran, die dann auch bald die Zugänge zu dem Feuerherd trotz dem strömenden Regen dicht besetzt hielt. Fast vier Stunden hindurch wütete das Feuer. Kurz nach dem Ausbruch des Brandes rückte die Freiwillige Feuerwehr und die Turck'sche Fabrikwehr an, um den Kampf mit dem wütenden Element aufzunehmen. Es brannte in der Fabrik von Karl Klinker & Co. in der Werdohlerstraße. Zwischen dem alten Fabrikbau und dem villenartigen Wohnhaus, in

dem früher das Katasteramt sich befand, war in der Inflationszeit ein großer Holzschuppen errichtet worden, der sich von der Werdohlerstraße bis zur Königstraße erstreckte. An der Werdohlerstraße enthielt er große Mengen Packmaterial, Ballen Holzwohle und große Stöße neuer Kistenteile, also Brennstoffe, wie sie gefährlicher kaum gedacht werden können. Hier brach das Feuer auf bisher ungeklärte Weise aus und verbreitete eine solche Glut, daß ihm zunächst nicht beizukommen war. Bald stand der ganze Notbau, der an der Königstraße auch noch Fabrikationsräume enthielt, in Flammen. Der scharfe Westwind und die ungeheure Glut setzten auch das Dach des Wohnhauses (früheres Katasteramt) in Brand und nur mit äußerster Mühe gelang es in stundenlanger Arbeit einigen beherzten Feuerwehrleuten, das Haus zu retten, dessen Gesims vielfach in hellen Flammen stand. Ebenso gingen die Holzteile des alten Fabrikbaues, in dessen oberen Räumen noch einige Familien wohnten, Feuer, und die Wehr mußte, unterstützt von vielen freiwilligen Helfern, die Wohnungen räumen. Es dauerte denn auch nicht lange, da stand auch dieser alte Fabrikbau in Flammen und brannte völlig aus. Die daneben liegende Fabrik von Branscheid & Co., ebenfalls ein alter Fachwerkbau, konnte nur mit größter Anstrengung durch die Feuerwehr kalt gehalten werden. Der an der Königstraße gelegene, zum Teil erst fertige Beton-Fabrikbau der Firma Klinker & Co. brannte ebenfalls vollkommen aus. — Die Feuerwehren hatten einen ungemein schwierigen Stand. Sie arbeiteten mit sieben Schlauchleitungen und zogen in später Stunde noch eine Handspritze mit heran, die bei dem versagenden Wasserdruck — in der Werdohlerstraße sind die Verhältnisse hinsichtlich der Wasserversorgung bekanntlich sehr schlecht — noch sehr gute Dienste tat. . . Die obdachlosen Familien wurden mit ihrer Habe von den Nachbarn aufgenommen. Die Feuerwehren hatten bis in die Morgenstunden angestrengte Arbeit, um des Feuers Herr zu werden und es so nieder zu halten, daß die Nachbarschaft geschützt blieb. — Die Vorgänge beim Brand haben wieder einmal mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Anschaffung der so oft besprochenen Motorspritze nun nicht mehr länger hinausgeschoben werden darf! . . .«<sup>7)</sup>.

Nun endlich (1926) kaufte die Stadt eine motorisierte Krupp-Tankspritze mit 4,5 cbm Wasser Fassungsvermögen und eine Feuerlöschpumpe mit 1000 l/m. Das Tankfahrzeug wurde als Eigentum der Stadt im Sommer als Sprengwagen benutzt. Wurde es zur Bekämpfung von Bränden benötigt, mußte es bei der Stadt angefordert werden. Es zog dann die 20 m lange Magirus-Drehleiter, ebenfalls eine Anschaffung dieses Jahres. 1927 wurde die Wehr mit neuen Helmen ausgerüstet, 1928 das neue Gerätehaus an der Knapper Schule in Betrieb genommen. Der Feuerwehr standen jetzt u. a. folgende Geräte und Ausrüstungsgegenstände zur Verfügung: die Krupsche Automobil-Motorspritze, 1 drehbare, mechanische, 20 m lange Magirusleiter, 1 mechanische 15 m lange Leiter, 1 Steigerwagen, 1 Hydrantenwagen mit 300 m Schläuchen, 1 Saug- und Druckspritze, 1 Gerätewagen, 1 Rauchhelm mit Luftpumpe und 800 m Schläuche. Die kleineren Depots an der Knapper Schule, im Ludwigshof und am Kluserplatz waren jeweils mit einer Schlauchhaspel und 150 m Schläuchen ausgestattet. Die Zahl der Hydranten war in der Stadt auf 335 gestiegen. Chef der Freiwilligen Feuerwehr war Oberbürgermeister Dr. Jockusch.

Mit Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929 litt die Arbeit der Wehr wieder unter der zunehmenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. Die Stadt war nicht weiter in der Lage, den Gerätepark zu modernisieren. Um den arbeitslosen Feuerwehrleuten zu helfen, empfahl der Vorstand der Feuerwehr, bei Feuerwachen diese in erster Linie heranzuziehen, damit sie wenigstens mit ihren Beiträgen zur Sterbekasse nicht im Rückstand blieben.

In diesen Jahren kam es zu mehreren Großbränden. 1923 brannte die Schreinerei Hörich in der Grabenstraße ab. 1925 brannte es in der

Kölner Straße bei Fa. Müller, der Gaskessel des städt. Gaswerkes hatte sich bei Reparaturarbeiten entzündet, und gegen Ende des Jahres kam es zu dem schon erwähnten Großbrand in der Fa. Klinker & Co. 1927 zerstörte ein Großfeuer die Lagerräume der Fa. Leop. Kostal in der Thünenstraße, und im letzten Viertel des Jahres brannte es bei der Fa. Friedrich Turck und der Fa. Aufermann & Söhne, beide in der Knapper Straße.

## Nationalsozialistischer Führerstaat und 2. Weltkrieg

### Erweiterung des Geräteparks

1933 und 1935 erhielten die beiden Löschzüge je einen motorisierten Mannschafts- und Gerätewagen, der für den 2. Zug gleichzeitig mit einer Kleinmotorspritze mit 800 l/m Leistung als Anhänger geliefert wurde. Wie sehr die Wehr bei diesen Anschaffungen immer noch auf die Unterstützung der Bürger, ihre eigenen finanziellen Mittel und die Hilfe der Feuerversicherungen angewiesen war, zeigt die Aufstellung der Finanzierung des Mannschafts- und Gerätewagens, dessen Kosten sich auf 5640,- RM beliefen:

- |                                     |           |
|-------------------------------------|-----------|
| 1. freiw. Beiträge der Bürgerschaft | 2000,- RM |
| 2. Beiträge der Feuerversicherungen | 1450,- RM |
| 3. städtischer Zuschuß              | 1800,- RM |
| 4. von der Feuerwehr aufzubringen   | 390,- RM  |

5640,- RM<sup>8)</sup>.

Die 1938 gekaufte mechanische Metz-Stahlleiter von 16 m Höhe, die die alte, vor 50 Jahren angeschaffte mechanische Schiebeleiter ersetzen sollte, wurde von dem Mannschafts- und Gerätewagen des 1. Zuges gezogen. In diesen Jahren (1933-38) wurde die Wehr auch mit den nötigen Nebengeräten ausgerüstet: einem Kommet-Schaumlöschgerät, einem Frischluftgerät, Gasmasken, Schlauchmaterial usw. Der jährliche Zuschuß der Stadt betrug 1936 28 000,- RM und war damit um 16 000,- RM erhöht worden. Auch wurden Planungen für eine Erweiterung der Gerätehäuser in Angriff genommen: Man dachte an ein größeres Geräte- und Schulungshaus und hatte dafür schon das Gebäude des Lüdenscheider Konsumvereins (heute Stadthaus) und andere Grundstücke gekauft. Die Pläne sahen hier Diensträume und Wohnungen vor. Die Wehr sollte dezentralisiert werden und das Gebäude in der Corneliusstraße hauptsächlich nur noch der Schulung dienen.

Ab 1936 wurde für den Luftschutz die Anlage besonderer Feuerzeuge, über die Stadt verteilt, vorbereitet.

Die Feuermeldeanlage wurde bis 1937 weiter vervollkommen. Von 17 über die Stadt verteilten Straßenfeuermeldern wurden 60 Wehrmänner beider Löschzüge alarmiert. Am schnellsten ging dies bei Nacht: Die motorisierten Einheiten der Feuerwehr konnten schon 7-10 Minuten nach dem Alarm an der Brandstelle eintreffen. Tagsüber war es schwieriger. Da sich die soziale Gliederung der Feuerwehr seit ihren Anfängen, als die Beteiligung der Handwerker und anderer Selbständigen relativ hoch war, sehr geändert hatte (90% waren jetzt Arbeiter), mußte die Alarmierung dann über die Fabriken erfolgen, in denen die Feuerwehrleute arbeiteten.

### Gleichschaltung

Die Auswirkungen der politischen Umwälzung des Jahres 1933 auf die Wehr ließen nicht lange auf sich warten. Im Laufe der Monate März bis Juni des Jahres wurden Angehörige der KPD aus der Wehr insgesamt, Angehörige der SPD aus den leitenden Ämtern ausgeschlossen. Sehr bald galt nur noch der »Deutsche Gruß«, und als wichtigste zukünftige Aufgabe der Wehr wurde der Luftschutz herausgestellt. Die völlige, innere Umgestaltung der Wehr erfolgte dann durch das preußische Gesetz über das Feuerlöschwesen vom 15. Dez. 1933.

Die freiwilligen Feuerwehren waren in ihrem Selbstverständnis und in ihrer Organisation das Ergebnis ihrer geschichtlichen Entwicklung ge-

wesen. Auf örtlicher Basis entstanden, fühlten sie sich ihrer Ortsgemeinde verpflichtet und gestalteten ihr Vereinsleben nach eigenem Ermessen. Dabei hielten sie in überörtlichen Verbänden, die nur lockere Zusammenschlüsse waren (s. o. über die Gründung des Kreisverbandes Altena) und keinerlei Weisungsbefugnisse hatten, Kontakt miteinander. Dies änderte sich völlig mit dem neuen Gesetz. Außer ihrer eigentlichen Aufgabe der Feuerbekämpfung konnte ihr jetzt auch »die Abwehr sonstiger Gefahren« übertragen werden, z. B. Hilfeleistungen bei Hochwasser und anderen Katastrophen, bei Verkehrsunfällen und – in immer stärkerem Umfange – die Organisation des Luftschutzes. Zwar erhob das Gesetz die Feuerwehr noch nicht offiziell in den Rang einer Hilfspolizei, aber im Grunde war sie es geworden. An die Stelle der Gliederung von unten nach oben, in der Vorstand und Kommando von den Mitgliedern gewählt worden waren, trat eine straffe hierarchische Ordnung von oben nach unten, in der die Führer von oben bestimmt wurden. Einheitliche Satzungen und Dienstvorschriften wurden erlassen.

Die Feuerwehr war jetzt eindeutig der Polizei unterstellt. Sie bedurfte der Anerkennung durch die Polizei, wurde von ihr beauftragt, und ihre Satzungen brauchten die Genehmigung durch die Polizei. Der Innenminister als oberster Polizeichef regelte die Ausbildung, Uniformierung und die Bezeichnung der Führer. Die Aufsicht führten der Regierungspräsident und die ihm übergeordneten Polizeibehörden. Er konnte jederzeit die Feuerwehr kontrollieren, in ihre Unterlagen Einsicht nehmen und entschied auch über die Notwendigkeit der Anschaffung neuer Geräte, die von den Gemeinden dann bezahlt werden mußten: Die Polizeibehörden konnten zusätzlich zur Feuerwehr Häuser- und Blockwehren für Löschzwecke, besonders auch im Rahmen des Luftschutzes, anordnen.

Für die Großstädte (über 100 000 Einwohner) war eine Berufsfeuerwehr vorgesehen, in kleineren Gemeinden blieb es bei der freiwilligen Feuerwehr. Wo diese nicht vorhanden war, mußte wieder eine Pflichtfeuerwehr errichtet oder diese weitergeführt werden. Die aktive Mitgliedschaft wurde generell auf das Alter von 18-60 Jahren beschränkt. Auf unterer Ebene konnte die freiwillige Feuerwehr noch ihren Vereinscharakter bewahren, auf höherer Ebene – und das war der Fall in Lüdenscheid, das seit 1907 kreisfreie Stadt war – wurde sie eine Körperschaft öffentlichen Rechts, deren Satzung durch den Regierungspräsidenten genehmigt werden mußte. Der Vorstand wurde nicht mehr von den Mitgliedern gewählt, sondern vom Regierungspräsidenten ernannt und abberufen. Über den Kreisfeuerwehrverbänden, die Führerbesprechungen und Übungen abzuhalten hatten, stand der Provinzialfeuerwehrverband. Die Leitung der Löscharbeiten hatte der örtliche Wehrführer oder – falls anwesend – der Bürgermeister. Die Zusammenarbeit unter den Wehren wurde ebenfalls geregelt: Die Feuerwehren wurden verpflichtet, anderen Wehren, die einem Brande allein nicht gewachsen waren, mit Mannschaften und Gerät bis zu einer Entfernung von 7,5 km unentgeltlich, darüber hinaus bei Erstattung der Unkosten zu Hilfe zu kommen.

Sicherlich bedeutete die straffere Organisation und Gliederung der Feuerwehr, die dies Gesetz bewirkte, eine größere Effektivität und Schlagkraft, aber die Beseitigung ihres Vereinscharakters und die Einführung einer rein militärischen Befehlsstruktur mußte im Grunde ihres Herzens vielen mißfallen. Der Vorsitzende Schnippering führte in der Hauptversammlung v. 7. April 1934 aus, »daß die heutige Versammlung ein Wendepunkt in der Geschichte der Feuerwehr bedeute, da sie die letzte in der alten Form sei<sup>76)</sup>. Und W. Schlötermann, der jetzt »Wehrführer« geworden war, meinte wenig später, »der Dienst sei durchaus militärisch«<sup>77)</sup>. Die bisherige Einteilung des Vereins in Vorstand für die Gesamtbelange und Kommando für den Einsatz der aktiven Mitglieder

mußte aufgehoben werden. Das bisherige Kommando wurde zum »Führerrat«, der bisherige Vorstand erlosch.

Um den Vorstandsmitgliedern überhaupt das Verbleiben in der Wehr zu ermöglichen, wurden sie zu Ehrenmitgliedern ernannt. Offiziell las sich dies dann in der Festschrift zum 60-jährigen Bestehen am 24. Sept. 1938 so: »Das bisherige Durcheinander in der Organisation der Freiw. Feuerwehr ist verschwunden. Einheitliche Satzungen und Dienstvorschriften sind gegeben. Die Führer und Männer der Feuerwehren sind zu einer nationalsozialistischen Gemeinschaft verbunden, die sich freiwillig in den Dienst der Allgemeinheit stellt. Die Wehrgemeinschaft beruht auf gegenseitigem Vertrauen und leistet freiwillig opferbereite Arbeit im Dienst für Deutschland«<sup>78)</sup>.

Die vom Gesetz verlangte Neugliederung des »Kreisfeuerwehrverbandes Lüdenscheid-Stadt«, wie ab jetzt die Freiw. Feuerwehr hieß, fand ihren Niederschlag in der Dienstvorschrift v. 6. Sept. 1935<sup>79)</sup>. Sie sah 2 Löschbezirke vor. Löschbezirk 1 war der Ortsteil südöstlich der Altenaer, Kölner und Kölner Landstraße bis zur Gemeindegrenze. Der Feuerschutz in diesem Bezirk wurde vom Löschzug 1 in Stärke von 35 Mann übernommen. Seine Großgeräte befanden sich im Gerätehaus Corneliusstraße und bestanden aus einem Mannschaftswagen, einer automatischen Motorspritze mit einem 4,5-cbm-Wassertank, einer mechanischen Anhängelichter, leichtem Gasschutzgerät, 300 m B-Schlauch und 900 m C-Schlauch.

Löschbezirk 2 umfaßte den Ortsteil nordwestlich von den oben genannten Straßen bis zur Gemeindegrenze. Hierfür war der Löschzug 2, ebenfalls in einer Stärke von 35 Mann, zuständig. Seine Geräte befanden sich in der Lessingstraße (an der Knapperschule) und bestanden aus einem Mannschaftswagen mit 1-cbm-Wassertank, einer zweirädrigen Anhänger-Motorspritze und einer Handzugleiter, leichtem Gasschutzgerät, 300 m B-Schlauch und 900 m C-Schlauch. Die Alarmierung erfolgte durch Hauswecker und außerdem durch Hornsignal. Die Wehrleute hatten sich dann sofort auf den Alarmplätzen an den obigen Gerätehäusern, ausgerüstet mit Helm und Nackenleder, Fangleinen, Hakengurt und im Dienstanzug einzufinden und erhielten dort den Einsatzbefehl. Bisher war nur die Bedienungsmannschaft verpflichtet gewesen, die Geräte zu holen, während die übrigen Wehrleute gleich zur Brandstelle eilten. Der Einsatz der Geräte war je nach Art des Feuers geringer oder stärker. Hinsichtlich der Unterstützung auswärtiger Wehren, die das Gesetz vorsah, hatte jeder Löschzugführer in dem Übersichtsplan seines Bezirkes die 7,5-km-Grenze rot einzutragen<sup>80)</sup>. Bei Waldbränden wurden besondere Waldbrandgeräte verwendet. Die leidige Frage der Wasserversorgung im Winter, die schon verschiedentlich zu Kompetenzstreitigkeiten geführt hatte, wurde jetzt eindeutig so geklärt, daß der Löschzugführer das Recht hatte, festzustellen, ob das Wasserwerk die Hydranten gegen Einfrieren geschützt hatte. Im 2. Weltkrieg sorgte dafür die Technische Nothilfe.

Die Oberleitung bei einem Brand hatte in Lüdenscheid der Kreisfeuerwehrführer W. Schlötermann oder der Oberbürgermeister bzw. sein Vertreter, im übrigen der betreffende Löschzugführer. Er mußte nach dem Löschen des Brandes noch auf der Brandstelle Ermittlungen über die Brandursache anstellen und das Ergebnis innerhalb von 24 Stunden dem Wehrführer melden. Dabei hatten ihn die nach dem Brand eingeteilten Brandwachen zu unterstützen. Hierzu sollten vorzugsweise die Feuerwehrleute genommen werden, die als erste auf der Brandstelle eingetroffen waren, denn ihre Feststellungen konnten entscheidend sein. Über das Ergebnis der Untersuchungen bestand Schweigepflicht. Diese Regelung war neu und zeigt ebenfalls die Übertragung polizeilicher Funktionen.

Wie sehr der Dienst nach militärischen Gesichtspunkten durchgeführt wurde, geht auch aus den neu verwendeten Begriffen wie »Löschangriff« und »Feuerlöschtaktik« hervor, worunter eine den Umständen entsprechende,

überlegte Bekämpfung des Feuers zu verstehen war. Man muß es wohl unter dem Gesichtspunkt des Luftschutzes und einer möglichen kriegerischen Verwicklung sehen, wenn vorsorglich für stark feuergefährdete Betriebe und wichtige öffentliche Bauten »Angriffspläne« aufgestellt wurden. Darunter fielen das Krankenhaus, die Warenhäuser Kaufhof und Krause, das Rathaus, das Amtshaus, die Berufsschule und das Amtsgericht mit Gefängnis. Entsprechende Übungen mußten an diesen Gebäuden abgehalten werden. Militärisch war auch sonst alles: von der einheitlichen Uniformierung mit Rangabzeichen nach dem Vorbild der Polizei über den Fußdienst bis zur Beschwerdeordnung. Das Exerzieren, das nach der »Ausbildungsvorschrift für Feuerwehren« eingeführt wurde, sollte dazu dienen, »die Feuerwehr als disziplinierte Truppe erscheinen zu lassen. Jeder Feuerwehrmann . . . muß immer bedenken, daß die Freiwillige Feuerwehr eine Polizeitruppe geworden ist«<sup>81)</sup>. Der gute Kontakt zu den neu in Lüdenscheid stationierten Heereseinheiten war selbstverständlich.

Diese Dienstvorschrift v. 6. Sept. 1935 für die Lüdenscheider Feuerwehr griff einerseits in der Übertragung polizeilicher Funktionen auf die Notzeiten des 1. Weltkrieges zurück, was in Verbindung mit der besonderen Betonung des Luftschutzes – die Feuerwehr war schon frühzeitig (1933) verantwortlich für die Aufstellung von Luftschutztrupps – und der militärischen Ausbildung Dunkles für die Zukunft ahnen ließ, schuf andererseits aber z. B. in der Einrichtung von Sicherheitswachen eine Institution, die sich bis heute bewährt hat. Ab sofort mußte damals die Feuerwehr nach Anweisung der Ortspolizeibehörde derartige Wachen bei Veranstaltungen wie Theatervorstellungen, Filmvorführungen u. ä. stellen. Diese Wachen hatten die Befugnisse von Hilfspolizisten.

Die Führung der Wehr hatte 1934 der 1. Brandmeister W. Schlötermann übernommen, der in Erfüllung des neuen Gesetzes als Hauptbrandmeister den neuen Titel »Kreisfeuerwehrführer« erhielt. 1936 hatte die Wehr 75 aktive Mitglieder, darunter viele junge Leute, die vorwiegend aus den mittleren und unteren Schichten der Bevölkerung kamen. Die Führer der beiden Löschzüge waren W. Nordhaus und Ed. Amtenbrink.

Das »Reichsgesetz über das Feuerlöschwesen« v. 23. Nov. 1938 setzte den in dem preuß. Gesetz von 1933 eingeschlagenen Weg fort. Die noch bestehenden Vereine und Verbände der Freiw. Feuerwehren wurden aufgelöst; an ihre Stelle trat eine nach Löscheinheiten gegliederte Hilfspolizeitruppe, die mit der neu zu bildenden Feuerschutzpolizei eine Einheit unter einer Führung bildete. Die Präambel dieses Gesetzes macht noch einmal die der Feuerwehr übertragene Aufgabe deutlich: »Die wachsende Bedeutung des Feuerlöschwesens vor allem für den Luftschutz erfordert, daß schon seine triedenmäßige Organisation hierauf abgestellt wird. Hierzu ist nötig die Schaffung einer straff organisierten, vom Führerprinzip geleiteten, reichseinheitlich gestalteten, von geschulten Kräften geführten Polizeitruppe (Hilfspolizeitruppe) unter staatlicher Aufsicht«<sup>82)</sup>. Sie soll »bei öffentlichen Notständen aller Art« eingreifen, besonders aber »die Aufgaben . . . erfüllen, die ihr zur Durchführung des Luftschutzes gestellt werden«<sup>83)</sup>. 1939 wurde die nachbarliche, unentgeltliche Löschhilfe auf 15 km erweitert. Sie umfaßte damit praktisch den ganzen Kreis Altena.

In diesen Jahren wurde die Wehr einmal zu einem überörtlichen Einsatz nach Meinerzhagen gerufen. Von den Bränden in Lüdenscheid sind besonders der Brand des Baugeschäftes Pickhardt in der Schützenstraße (1936) und das Großfeuer vom 23. Nov. 1937 zu erwähnen, dem der Gutshof Dommers am Wehberg mit sämtlichen Erntevorräten zum Opfer fiel. Am 28. Aug. 1938 half die Wehr bei einer Hochwasserkatastrophe.

## Der 2. Weltkrieg

Lüdenscheid war als Luftschutzort II. Ordnung eingestuft und erhielt daher für die weitere Ausrüstung der Feuerwehr keine staatlichen

Mittel. Die Stadt konnte aber die geplante weitere Motorisierung noch nach Beginn des 2. Weltkrieges mit der Anschaffung von 2 schweren und 2 leichten motorisierten Löschfahrzeugen durchführen. Damit erfolgte dann auch die Aufgliederung der Wehr in 4 Löschzüge mit je 2 Gruppen. Dazu kam im weiteren Verlauf des Krieges bald ein Bereitschaftsdienst von 3 Löschzügen mit je 2 Löschfahrzeugen, Pkw, Troßwagen und 2 Kradmeldern für den überörtlichen Einsatz. Feuerlöschteiche wurden 1942 auf dem heutigen Rathausplatz, am Grünwald, im Wermecker Grund, an der Frankenstraße, an der Jahnstraße und an der Südstraße angelegt.

Während der Gerätepark auf diese Weise noch vervollständigt werden konnte, geriet die Wehr bald durch die wachsende Zahl der Einziehungen in personelle Schwierigkeiten. Sie verpflichtete in zunehmendem Maße Mitglieder der Hitlerjugend, d. h. Jugendliche von 16–18 Jahren, die lernen mußten, mit den schweren Fahrzeugen und den Geräten umzugehen und ihre Fertigkeiten in einsatzmäßigen Übungen zeigten. Man kann sich vorstellen, daß dies den Jugendlichen gefiel, zumal dieser Einsatz an der »inneren Front«<sup>64)</sup> höheren Orts Anerkennung fand und die Lüdenscheider Wehr als »eine der bestausgerüsteten in Westfalen« bezeichnet wurde<sup>65)</sup>. Diese Hitlerjugend-Feuerwehr belief sich 1940 auf 2 Führer und 36 Mann. In den weiteren Kriegsjahren wurden die Jugendfeuerwehrscharen aus der Hitlerjugend noch vergrößert, da die Zahl der aktiven Wehrmänner und dann auch der 17-–18jährigen durch Einziehungen zum Wehrdienst immer weiter abnahm. 1944 griff man auf die 15jährigen Mitglieder der Hitlerjugend für den Dienst in der Feuerwehr zurück.

Gleichzeitig erhielt die Wehr zunehmend die Aufgaben einer Feuerlöschpolizei. Als ihr 1943 zusätzlich der Entgiftungsdienst übertragen wurde, konnte sie ihre Mannschaftsstärke durch Dienstverpflichtungen auf 130 erhöhen. Bei der zunehmenden Luftgefahr wurden, über die Stadt verteilt, 6 Unterkünfte mit Schlafstellen eingerichtet, die den Mannschaften, die fast alle aus Berufstätigen bestanden, als Sammel- und Bereitschaftsräume bei den mehr als 1300 Fliegeralarmen des Krieges dienten. Als 1944 der Krieg mit der Kapitulation Italiens und der Landung der Alliierten in der Normandie in sein letztes Stadium trat, führte die Feuerwehr neben der üblichen weltanschaulichen Schulung vermehrten Fußdienst und Schießübungen ein. Sie wurde dazu z. T. mit italienischen Karabinern ausgerüstet. Der Wille der nationalsozialistischen Regierung zur Mobilisierung aller Reservisten und der Verwendung der Feuerwehr als »Volkssturm« wurde nur zu deutlich. Alarmpläne wurden aufgestellt, Erkennungszeichen verteilt. Weitere Feuerlöschteiche wurden gebaut.

Lüdenscheid blieb von schweren Luftangriffen verschont. Jedoch wurde der Bereitschaftsdienst der Wehr mehrmals zum Einsatz in die von Fliegerangriffen schwer getroffenen Städte gerufen, 1943 in einem Zeitraum von zwei Monaten allein viermal: am 5. Mai nach Dortmund, am 30. Mai nach Barmen, am 25. Juni nach Elberfeld und am 4. Juli nach Köln, außerdem noch nach Hagen und – kurz vor Kriegsende – nach Siegen und noch einmal nach Dortmund. Der Einsatz in Siegen Anfang 1945 geschah mit 6 Löschgruppen (66 Mann) unter schwierigsten Bedingungen: Die Straßen waren vereist, der Schnee lag hoch, und die Kolonne wurde unterwegs von Tieffliegern angegriffen. Mehrere Bomben waren schon am 5. Juni 1940 auf Lüdenscheid gefallen. Sie töteten eine Frau, verletzten ein Kind leicht und beschädigten zwei Häuser schwer. Zu größeren Schäden kam es am 2. Dez. 1944 während eines Luftangriffes auf Hagen. Um 21.20 Uhr wurde über dem westlichen Stadtteil Lüdenscheids (am Grünwald) eine Luftmine und eine größere Zahl von Stabbrandbomben abgeworfen. Ein Wohnhaus am Grünwald wurde getroffen und ging in Flammen auf. Viel gefährlicher war der Brand eines ganzen Häuserblocks zwischen Bahnhof- und Knapper Straße, als dort das Holzlager einer Bauschreinerei von mehreren Brandbomben getroffen wurde. Die Löschgruppe Altrog-

genrahmede mußte angefordert werden. Als der Brand schließlich nach zwei Stunden niedergekämpft war, stand die Fabrik der Fa. Hüttebräcker in der Karolinenstraße in Flammen. Insgesamt wurden 14 Häuser schwer, 150 leicht beschädigt. Es gab zwei Tote und 32 Verletzte. Um ihre Einsatzfähigkeit zu erhöhen, wurden der Feuerwehr-Bereitschaft Lüdenscheid Mitte 1944 die Löschgruppen Altroggenrahmede und Schalksmühle als Verstärkung zugeteilt. Bevor Lüdenscheid am 13. April 1945 von den Amerikanern besetzt wurde, kam es zu einem kurzen Artilleriebeschuß, bei dem das Krankenhaus getroffen wurde. Bei der Bekämpfung des entstehenden Brandes verlor die Feuerwehr ein Löschfahrzeug.

Schon am nächsten Tag, dem 14. April 1945, durfte der Bereitschaftsleiter Nordhaus wieder eine ständige Feuerwache einrichten, wie sie für ein Gemeinwesen von der Größe Lüdenscheids dringend notwendig war. Ihr Umfang wurde später von der Militärregierung auf 20 Mann festgelegt. Sie half der Werdohler Wehr nach einer Explosion im Munitionslager auf dem dortigen Bahngelände und bekämpfte einen größeren Brand in der Lüdenscheider Flak-Kaserne. Dabei wurde der hohe Stand ihrer Ausrüstung und Ausbildung von englischen Fachoffizieren anerkannt. Im September 1945 wurde die Wache auf 10 Mann verringert. In der ersten »Führerzusammenkunft« – so formulierte das Protokoll der Sitzung<sup>66)</sup> – nach dem Zusammenbruch am 3. Februar 1946 erklärte der frühere Wehrführer Schlötermann, daß er »endlich von der Englischen Militärregierung zum Kommandanten der Freiw. Feuerwehr der Stadt Lüdenscheid ernannt worden« sei, um die »Wehr auf freiwilliger Grundlage, gemäß unserem alten Wahlspruch: »Gott zur Ehr', dem Nächsten zur Wehr« und im Sinne unserer alten Satzung« wieder aufzubauen<sup>67)</sup>. Damit konnte die Freiw. Feuerwehr ihre Tätigkeit wieder in der Form aufnehmen, die sie seit 1933 hatte aufgeben müssen. Die Gründung eines überörtlichen Feuerwehrverbandes wurde allerdings von der Militärregierung im Oktober 1947 verboten.

Ihre Aufgaben erweiterten sich aber in den folgenden Jahren in nicht vorhersehbarer Maße. Zu großen Bränden kam es selten, aber zusätzlich erhielt die Freiw. Feuerwehr die Aufgabe, auf allen Gebieten des Lebens zu retten, zu bergen und zu schützen: hilflosen Menschen zu helfen, Kranke zu transportieren, Notstände jeder Art zu beseitigen, ja sogar Tiere, die sich nicht mehr selbst befreien konnten, zu bergen. Sie behielt ihren freiwilligen Charakter und eine gewisse Selbständigkeit, wurde aber eine Hilfsorganisation der Gemeinden und Gemeindeverbände im weitesten Sinne.

## Die Wehren der Landgemeinde Lüdenscheid

Der starken Ausdehnung Lüdenscheids in den letzten 100 Jahren mußte schon mehrere Male durch Erweiterung des städtischen Gebietes auf Kosten der Landgemeinde Rechnung getragen werden. Die rege Bautätigkeit im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Erholung nach dem 2. Weltkrieg vergrößerte das städtische Siedlungsgebiet wiederum so sehr, daß überall die Stadtgrenzen überschritten wurden. So kam es zu der Gebietsreform, die am 1. Jan. 1969 in Kraft trat. Die Landgemeinde Lüdenscheid hörte auf zu existieren. Fast ihr gesamtes Gebiet wurde der Stadt zugeschlagen, die – sozusagen als Gegenleistung – ihre Kreisfreiheit aufgab und in den Kreis zurückkehrte. Mit der Angliederung der Landgemeinde an die Stadt schlossen sich die Löschzüge der Landgemeinde Lüdenscheid, die bis dahin der Amtsfirewehr angehört hatten, der Freiw. Feuerwehr der Stadt Lüdenscheid an. Es waren dies die Löschzüge Brügge, Brüninghausen, Homert, Lösenbach und Oberrahmede. Die Übernahme in die Freiw. Feuerwehr der Stadt erfolgte zum 1. Jan. 1972, nachdem finanzielle Fragen, die mit der Sterbekasse zusammenhingen, geklärt waren. Die 5 Löschzüge der frühe-

ren Landgemeinde erhielten in der städtischen Wehr die Nummern 3–7.

Die Geschichte der Feuerwehren der Landgemeinde ist nicht nur hinsichtlich ihrer Gründungsdaten sehr unterschiedlich. Die Stadt war in früheren Zeiten durch die enge Bebauung sehr viel feuergefährdeter als die z. T. verstreut liegenden Gehöfte der Landgemeinde, hatte aber auch weit bessere Möglichkeiten der Feuerbekämpfung: Es standen ihr genug Hilfskräfte und auch entsprechende Geräte zur Verfügung, wenn diese auch, parallel zur technischen Entwicklung, erst im Laufe der Zeit größere Wirksamkeit zeigten. Auch gab es in der Stadt nach der Anlage der Wasserleitung genug Wasser zur Brandbekämpfung. Diese Voraussetzungen gab es nicht auf dem Lande. In einzeln stehenden Gehöften war der Bauer bei Feuergefahr zuerst auf sich, seine Familie und sein Gesinde angewiesen. Hilfe von den benachbarten Höfen und größeren Ansiedlungen kam meistens zu spät. Was er tun konnte, war, kleineres Gerät (Eimer, Leitern, Haken) zur Hand zu haben und einen Löschteich anzulegen, um im Falle der Gefahr über eine größere Menge Wasser verfügen zu können. Größere Ansiedlungen hatten mehr Möglichkeiten der gegenseitigen Hilfe. Auch hier war der Löschteich eine selbstverständliche Einrichtung, es sei denn, es gab bei der Ortschaft einen Flußlauf mit genügender Wasserführung. Da der Mensch, seiner eigenen Verantwortung überlassen, dazu neigt, sich an latent vorhandene Gefahren zu gewöhnen und sie nicht mehr zu sehen, kann es nicht wundernehmen, daß diese Einrichtungen, so kärglich sie waren, vernachlässigt wurden. So klagt ein Bericht v. 8. Sept. 1811 an den Maire zu Lüdenscheid<sup>68)</sup> darüber, daß die Feuerteiche oft verschlammmt, zuge wachsen oder ohne Wasser und daß die notwendigsten Geräte (Ledereimer, Leitern) einfach nicht vorhanden seien.

Wohl erst die Provinzial-Feuerordnung v. 30. Nov. 1841 und die darauf fußende Feuerordnung des Kreises Altena v. 11. Febr. 1843 (s. S. 385) führten allmählich dazu, daß auch in der Landgemeinde Lüdenscheid Feuerwehren gegründet wurden, die sich mit dem im Gesetz vorgesehenen Gerät auszurüsten hatten. Über nähere Einzelheiten fehlen die Unterlagen. 1881 hatten aber von den 10 Bauerschaften des früheren Kirchspiels (später Landgemeinde) Lüdenscheid folgende je eine Feuerspritze<sup>69)</sup>: Homert, Rosmart, Wenninghausen, Othlinghausen, Leifringhausen und Brüninghausen, dazu noch Spritzen in Privatbesitz in Hüttebräckerrahmede (Bauerschaft Wehberg), Lösenbach Winkhausen und Neu Hof, von denen Winkhausen mit Othlinghausen später mit Brügge eine Löschinheit bildete, Hüttebräckerrahmede (Bauerschaft Wehberg) in den Löschzug Oberrahmede und Leifringhausen und Wenninghausen in den Löschzug Brüninghausen aufgingen. Die 5 Löschzüge der Landgemeinde, die am 31. Dez. 1968 bestanden, können demnach alle auf eine Geschichte zurückblicken, deren Anfänge vor dem Jahr 1881 liegen, denn dort, wo es Spritzen gab, hat es auch eingeteilte Spritzenmannschaften gegeben. Neben ihren Einsätzen zur Brandbekämpfung beschäftigten sich die damaligen Feuerwehren offensichtlich nur mit Spritzenproben. Dies geht aus zwei Kladden im Besitz des Löschzuges Brüninghausen hervor, die nichts anderes enthalten als Protokolle über stattgefundene Spritzenproben in den Jahren 1884–1896. Eine freiwillige Feuerwehr gab es damals in unserer näheren Umgebung nur in der Stadt Lüdenscheid, in Halver, Ehringhausen, in der Fa. Basse & Selve in Altena und in Werdohl, wo der Turnverein eine Saugspritze bediente. Die oben erwähnten Wehren der Landgemeinde waren daher Pflichtwehren im Sinne des Gesetzes von 1841.

Die neue Feuerordnung der Provinz Westfalen von 1907 (s. S. 587), die die alte von 1841 ersetzte, schrieb für jeden Ort die Errichtung einer Brandwehr vor, falls nicht schon eine freiw. Feuerwehr bestand. Noch bestehende Pflichtfeuerwehren wurden daher als Brandwehren weitergeführt. Nach 1929 gab es Brandwehren in Homert, Leifringhausen und Othlinghausen<sup>70)</sup>, während die übrigen Feuerweh-

ren der Landgemeinde Lüdenscheid freiw. Feuerwehren geworden waren.

Als Folge des preußischen Gesetzes über das Feuerlöschwesen v. 15. Dez. 1933 (s. S. 592f.) wurden die einzelnen Feuerwehren der Landgemeinde als Löschzüge in die Freiw. Feuerwehr des Amtes Lüdenscheid eingegliedert. Sie verloren damit ihre Selbständigkeit als Vereine. 1934 hatten die einzelnen Löschzüge folgende Stärken: Oberrahmede: 48, Brüninghausen: 52, Homert: 28, Brügge: 66 und Lösenbach: 45, insgesamt also 239 Mann <sup>91)</sup>.

Die Tätigkeitsberichte der Freiw. Feuerwehren der Landgemeinde Lüdenscheid zeigen, daß bei ihnen das gesellige Vereinsleben eine größere Rolle gespielt zu haben scheint als in der Freiw. Feuerwehr der Stadt, was um so verständlicher ist, als in der Landgemeinde die vorhandenen Möglichkeiten der Freizeitgestaltung geringer waren als in der Stadt. Bei allen Gemeinsamkeiten hatten die Wehren der Landgemeinde eine sehr unterschiedliche Geschichte, wie die folgenden Darstellungen zeigen.

### Oberrahmede <sup>92)</sup>

In Durchführung des Gesetzes von 1907 war auch in der Bauerschaft Wehberg, die sich von Hülscheiderbaum über Wehberg bis Buschhausen erstreckte und zu der Oberrahmede gehörte, Ende 1908 eine Brandwehr errichtet worden, die die schon 1881 in Anfängen vorhandene Feuerwehr ablöste. Schon wenig später aber wurde der Wunsch geäußert, eine Feuerwehr auf freiwilliger Basis zu gründen, ein Wunsch, der – wie es der Geschichte der Feuerwehr entsprach – besonders unter den Turnern des TuS Oberrahmede Anklang fand. Am 2. Mai 1909 fand die erste Versammlung in der Gaststätte Hüttebräucker in Oberrahmede statt. Dort wurde der Beschluß gefaßt, in den verschiedenen Ortsteilen Beiträge einzusammeln und die Feuerversicherungen um Zuschüsse zu bitten, um der Wehr die nötigste Ausrüstung, ohne die sie nicht arbeiten konnte, zu sichern. Auf diese Weise kamen bis Oktober 1909 2582,76 Mk zusammen, die für Uniformen und einen Steigerturm verwendet werden sollten, der bis zum folgenden Jahr gebaut werden konnte. In den ersten Generalversammlungen der Wehr im Mai und Juni 1909 wurden Vorstand und Kommando gewählt. 34 Bürger schlossen sich der Wehr an.

Die vorhandenen Geräte der ehemaligen Brandwehr wurden übernommen. Die Feuerspritze stand in einem alten Holzschuppen, einem ehemaligen Pferdestall, die Übungen fanden in den Wiesen an der Rahmede statt. Schon am 11. Okt. 1909 mußte die junge Wehr die erste Proben ihres Könnens ablegen, als ein Mietshaus in Oberrahmede abbrannte. Die Löscharbeiten dauerten 3 Tage und 3 Nächte.

Während des 1. Weltkrieges schrumpfte der Mannschaftsbestand der Wehr wegen der Einziehungen zum Frontdienst stark zusammen, 1924 umfaßte sie aber wieder 60 Aktive. In diesem Jahr konnte sogar ein Spielmannszug gegründet werden, der bis 1938 bestand.

Im Laufe der Jahre wurde eine Modernisierung des Geräteparks immer dringlicher, so daß die Wehr 1929 um Zuschüsse an das Amt herantrat. Aber erst 1932 konnte eine Motorspritze gekauft werden, nicht mit Zuschüssen der Gemeinde, die wegen der Wirtschaftskrise nicht möglich waren, sondern mit einem Darlehen, für das aktive Mitglieder der Wehr die Bürgschaft leisteten.

Wie alle anderen Wehren wurde auch sie nach 1933 immer mehr ein Objekt der politischen Ziele des nationalsozialistischen Staates. In den Jahren des 2. Weltkrieges wurde der Mannschaftsbestand wiederum sehr geschwächt.

Oktober 1945 konnte die Freiw. Feuerwehr Oberrahmede mit 25 Mann einen neuen Anfang machen, der wegen der Überalterung des Geräteparks und des Mangels an Geräten schwer genug war. Einsätze konnten vorerst nur mit geliehenen Fahrzeugen durchgeführt werden, bis 1950 der erste eigene Kraftwagen angeschafft werden konnte.

1952 entstand ein neues Gerätehaus. Es war das erste Gerätehaus, das die Amtsverwaltung nach dem 2. Weltkrieg bauen ließ, und bestand aus 2 Garagen, 1 Schlauchtrockenturm, der Wohnung des Gerätewartes und einem Schulungsraum. Leider bot das Gebäude nur wenig Platz. Allein der Schulungsraum hatte nur eine Größe von 10 qm. Die dringend notwendige Erweiterung konnte erst mit Hilfe der Stadt nach der Gebietsreform durchgeführt werden.

Im Zuge der kommunalen Neuordnung wurde die Freiw. Feuerwehr Oberrahmede als Löschzug 3 der Freiw. Feuerwehr der Stadt Lüdenscheid angegliedert.

### Brüninghausen <sup>93)</sup>

Auch die Freiw. Feuerwehr Brüninghausen ging aus schon vorher bestehenden Pflichtfeuerwehren in den drei Bauerschaften Leifringhausen, Brüninghausen und Wenninghausen hervor. Mit der Ortschaft Wigglinghausen, die 1881 keine eigene Spritze besaß, bestand dieser Bezirk aus 4 Sektionen, die ihren Mittelpunkt in Brüninghausen hatten. Wie schon erwähnt, beschränkten sich die Übungen der vorhandenen Wehren in Leifringhausen, Wenninghausen und Brüninghausen im wesentlichen auf Spritzenproben, die in Brüninghausen unter dem Namen »Brüninghauser-Bauerschafts-Feuerspritze« liefen. Um die Feuerwehren in den einzelnen Sektionen besser alarmieren zu können, wurde 1912 ein Signalhorn angeschafft.

Als am 30. Juli 1905 Brüninghauser Bürger zusammenkamen, um eine freiwillige Feuerwehr als Verein zu gründen, schloß sich Leifringhausen vorerst nicht an, sondern blieb – nach dem Gesetz von 1907 als Brandwehr – bis 1930 selbständig, als die Behörde den Anschluß an die Brüninghauser Wehr verfügte. Insgesamt waren es 36 Aktive, die schon gleich nach der Gründung voll ausgerüstet werden konnten, da aus der Bauerschaft namhafte Beträge als Spenden eingegangen waren. Ein schon seit 1893 bestehender Spielmannszug der früheren Wehr wurde übernommen. Er fusionierte später mit dem Lüdenscheider Spielmannszug.

Die Ausrüstung der Freiw. Feuerwehr Brüninghausen bestand zuerst nur aus einer Hand-spritze. Erst 1928 stellte das Amt Lüdenscheid eine Motorspritze und das Stahlwerk Plate einen Lastwagen zur Verfügung. Noch während des 2. Weltkrieges, besonders aber in der Zeit nach 1945, wurde der Gerätepark weiter modernisiert, so daß ab 1947 auch die Bekämpfung von Benzin- und Ölbränden möglich wurde.

Schon 1907 konnte ein Steigerturm errichtet werden, der 1953 einem modernen Gerätehaus wich. Auch hier zeigten sich die Stahlwerke Plate und andere Firmen des Bezirks als großzügige Förderer, indem sie durch einen Baukostenzuschuß den Bau des Hauses erst ermöglichten, das dann im wesentlichen durch freiwillige Arbeitsleistung der Mitglieder errichtet wurde. 1955 konnte dann auch in Leifringhausen ein Gerätehaus anstelle des bis dahin verwendeten alten Holzschuppens gebaut werden.

Mit der Gebietsreform am 1. Jan. 1969 wurde die Brüninghauser Wehr als Löschzug 4 von der Freiw. Feuerwehr der Stadt Lüdenscheid übernommen.

### Homert <sup>94)</sup>

Die Freiw. Feuerwehr Homert wurde erst am 11. Juli 1931, also als letzte unter den freiwilligen Wehren der Landgemeinde gegründet. Sie ging aus der bis dahin bestehenden Brandwehr hervor, die ihrerseits eine Nachfolgerin der schon 1881 bestehenden Pflichtfeuerwehr gewesen sein muß. Die Angabe des Jahres 1919 als Gründungsjahr der Brandwehr kann daher nur eine Vermutung sein. Wahrscheinlich nahm sie in diesem Jahr ihre Tätigkeit wieder auf, nachdem während des 1. Weltkrieges alles geruht hatte. In der Gründungsversammlung meldeten sich 34 Bürger als Mitglieder. Gleich in dieser Sitzung wurde der Beschluß gefaßt, für die aktiven Mitglieder Uniformen zu beschaffen und – um Geld zu sparen – aus Fertigteilen in Eigenarbeit einen Steigerturm beim Geräte-

haus zu bauen <sup>95)</sup>. Ein Mitglied stellte unentgeltlich einen Platz zur Verfügung. Da die Freiw. Feuerwehr sich damals vorerst nicht als Verein eintragen ließ, mußte der Vertrag hierüber zwischen dem Geber und den Vorstandsmitgliedern persönlich abgeschlossen werden. Zu den Übungen, die im allgemeinen einmal im Monat stattfanden, und zu Bränden sollte mit der Glocke des Waldfriedhofs Lob alarmiert werden.

So sehr der Mut der jungen Feuerwehr zu kostspieligen Anschaffungen anzuerkennen war, so groß wurde die dadurch entstehende Schuldenlast, denn Geld war in der Kasse nicht vorhanden. Hinzu kam eine ganze Reihe innerer Auseinandersetzungen, die das Vereinsleben in den ersten Jahren sehr beeinträchtigten. Andererseits aber ermöglichte die Freiw. Feuerwehr Homert mehr als andere Wehren gesellschaftliche Kontakte unter den Bürgern. So war das Feuerwehreffest im Winter das einzige Fest in der Bauerschaft Brenscheid-Griesing und fand entsprechenden Zuspruch.

Nach 1945 erlebte die Wehr auch in ihrer materiellen Ausstattung einen neuen Aufschwung. 1959 konnte ein neues Gerätehaus in Piepersloh bezogen werden, ein Jahr später erhielt die Wehr einen neuen Wagen und eine neue Motorspritze, 1964 ein großes Löschfahrzeug und ein Schaumlöschergerät zur Bekämpfung von Ölbränden. Im Herbst 1961 zeigte die Homerter Wehr in Brüninghausen die beste Übung von allen Zügen der Amtsfeuerwehr.

In den Jahren seit dem 2. Weltkrieg wurde die Wehr mehrfach zu Einsätzen gerufen, besonders auch zur Bekämpfung von Waldbränden im trockenen Sommer 1959. 1958 half sie mit anderen Wehren bei der Bekämpfung des durch Blitzschlag entstandenen Großbrandes des Hofes Kaiser in Werkshagen, konnte aber einen Totalschaden nicht verhindern.

Nach dem 1. Jan. 1969 wurde der Löschzug Homert von der Freiw. Feuerwehr Lüdenscheid als Zug 5 übernommen.

### Brügge <sup>96)</sup>

Die Statuten der Freiw. Feuerwehr Brügge nennen als Gründungsmonat des Vereins den 13. Oktober 1889. Eine Pflichtfeuerwehr hat vorher nicht bestanden, da Brügge erst durch die verkehrsmäßige Erschließung des Volmetals durch die Bahn (1874) und die Bahnverbindung nach Lüdenscheid (1880) zu einem größeren Gemeindegewesen heranwuchs. Jedoch konnte der neue Verein sich auf die Erfahrungen der in seinem Einzugsbereich liegenden Wehren von Othlinghausen und Winkhausen (s. o.) stützen, die in dem neuen Verein aufgingen. Zu der Gründungsversammlung wurde auf Initiative der Fa. Gust. Berghaus eingeladen. Ungefähr 70 Personen waren anwesend, davon erklärten 58 aus den Ortschaften Winkhausen, Ahelle, Brügge u. a. ihren Beitritt. Schon gleich zu Beginn war klar, daß die Beschaffung von Geldmitteln für den Kauf einer Grundausstattung an Geräten das Dringlichste sei. Dies geschah durch eine wohlorganisierte Sammlung, deren Ergebnis die Anschaffung der ersten Geräte ermöglichte. 1893 konnten zwischen der Straße nach Halver und der Volme ein Gerätehaus und ein Steigerturm errichtet werden, die allerdings 1914 dem Umbau des Brügger Bahnhofs weichen mußten.

Erst nach dem 1. Weltkrieg konnte daran gedacht werden, ein neues Gerätehaus mit Steigerturm zu errichten. Ein Grundstück (neben der evgl. Kirche) war bald gefunden, jedoch entstanden Schwierigkeiten hinsichtlich der Finanzierung des Neubaus. Zwar hatte die Bahn die Landgemeinde Lüdenscheid für das Gerätehaus von 1914 entschädigt, aber die Gemeinde sah sich nicht in der Lage, mehr als 20 000,- Mark als Zuschuß zu geben. Wieder wurde zu einer Spendenaktion aufgerufen, die dann eine Summe von 23 500,- Mark erbrachte. Nachdem Gut Neuenhof und Gut Oedenthal das Bauholz gestiftet hatten, konnte der Bau im Jahre 1921 begonnen werden.

In den Jahren nach dem 1. Weltkrieg hatte der Gerätepark zügig erweitert werden können.

Neben einer Motorspritze mit 600 l/m Leistung (1927) konnten ein Schlauchwagen (1928), eine neue technische Leiter (1929) und 1936 eine 2. Motorspritze mit 800 l/m Leistung angeschafft werden. Dem folgte noch 1941 ein Zugfahrzeug (LFZ 8) als Leihgabe des Abschnittsinspektors beim Oberpräsidenten von Westfalen. Es wurde 1945 von den Alliierten weggenommen. Die Brügger Wehr erhielt dafür leihweise ein schweres Löschfahrzeug mit 1500 l/m Leistung.

Dieser Vergrößerung des Geräteparks war das Spritzenhaus von 1921 nicht mehr gewachsen. Deshalb wurde 1955 ein neues Gerätehaus mit 3 Wohnungen in Brügge-Winkhausen gebaut. Der Löschzug bestand damals aus 30 Mann unter dem Oberbrandmeister K. Schüssler. Eine dauernde Bereitschaft von 5 Wehrmännern wurde eingerichtet. Zur Verfügung stand ein Tanklöschfahrzeug 16 für den Soforteinsatz, das einzige dieser Art im Amt Lüdenscheid. Außerdem kamen wegen der erweiterten Aufgaben der Feuerwehr 3 Krankenwagen hinzu.

Mit der Gebietsreform vom 1. Jan. 1969 wurde die Brügger Wehr als Löschzug 6 der Freiw. Feuerwehr Lüdenscheid eingegliedert.

### Lösenbach \*\*)

Auch die Freiw. Feuerwehr Lösenbach ging aus einer schon bestehenden Brandwehr hervor. Die Anregung zur Gründung des Vereins gaben die große Trockenheit des Jahres 1911 und die dadurch bedingte große Feuersgefahr. Von der Brandwehr konnten kleinere Löschgeräte und eine Handdruckspritze übernommen werden. Es gelang der jungen Wehr, noch bis zum 1. Weltkrieg einen hölzernen Steigerturm mit einem kleinen Geräteraum am Stoberg zu errichten. Außerdem konnten eine neue Hand-Saug- und Druckspritze und das zur Ausbildung benötigte Material gekauft werden. Während der Kriegsjahre litt die Arbeit der Wehr ebenfalls sehr unter den zunehmenden Einziehungen und kam fast völlig zum Erliegen.

Der Wiederaufbau nach dem Kriege war nicht leicht. Jedoch nahm die Zahl der Mitglieder zu und erreichte Anfang der 30er Jahre mit 40 Aktiven ihre bis dahin größte Stärke. Ein Spielmannszug konnte gegründet werden.

Mit der zunehmenden Motorisierung auch der Lösenbacher Wehr wurde die zentrale Unterbringung der Geräte, die bisher behelfsmäßig in Fabriken und Schuppen untergestellt waren, immer dringlicher. Am 15. Aug. 1948 wurde daher der Beschluß gefaßt, auf einem Grundstück, das von privater Seite zur Verfügung gestellt wurde, ein neues Gerätehaus zu bauen. Die Amtsverwaltung stellte das Material. Der Bau selbst wurde in freiwilligem Einsatz der Wehr, die dafür mehr als 2000 Arbeitsstunden opferte, errichtet. 1949 wurde er fertiggestellt.

1966 erhielt die Wehr ein modernes Löschfahrzeug mit 800 l/m Leistung. Ende des gleichen Jahres konnte sie in ein neues Gerätehaus in der Schubertstraße umziehen. Mit der Gebietsreform zum 1. Jan. 1969 wurde die Lösenbacher Wehr als Löschzug 7 von der Freiw. Feuerwehr der Stadt Lüdenscheid übernommen.

### Rückblick

Die Geschichte der Freiwilligen Feuerwehr zeigt, was die eigene Initiative des Staatsbürgers in der Verantwortung für seine Lebensgemeinschaft vermag. Hat er erkannt, daß Notwendiges geschehen muß, wird er sich mit Gleichgesinnten zusammenschließen, um unabwendbaren Gefahren besser begegnen zu können oder Vermeidbares zu verhindern. Nicht von ungefähr drängt sich daher der Vergleich mit den Bürgerinitiativen unserer Gegenwart auf, wenn wir von ihrem manchmal festzustellenden Mißbrauch durch interessierte politische Gruppen absehen. Dazu kam es da-

mals nicht, weil Dienst am Gemeinwesen und Treue zum Staat für weite Teile des Bürgertums selbstverständlich waren.

Es ist nicht zufällig, daß die Freiwillige Feuerwehr erst entstand, als der Bürger schon zur Mitbeteiligung an der Gestaltung des Staates aufgerufen war. So wurden die Städte schon bald nach der Einführung ihrer Selbstverwaltung zu Beginn des vorigen Jahrhunderts in dieser Frage aktiv. Und die zunehmende aktive Teilnahme des Bürgers am öffentlichen Leben, die ein Kennzeichen des 19. Jahrhunderts ist, führte ihn gleichzeitig zu der Frage, wie er diesem Gemeinwesen in Not und Gefahr beistehen könnte. Die Entstehung der Freiwilligen Feuerwehr ist daher im vorigen Jahrhundert im engsten Zusammenhang mit der so außerordentlich starken politischen Bewegung zu sehen, in der sich der Wille des Bürgers zur Beteiligung an der Gestaltung des staatlichen Lebens kundtat. Wie wir gesehen haben, ist die Freiwillige Feuerwehr ein direkter Sproß der mit der deutschen Einheitsbewegung eng verbundenen Turnerbewegung, deren Wurzeln wir im Erlebnis der Freiheitskriege finden. Hier war ihnen das Bewußtsein vermittelt worden, daß man notfalls für das, was einem teuer ist, kämpfen und daß man sich auf diesen Kampf geistig und körperlich vorbereiten muß.

Die Freiwilligen Feuerwehren haben bewiesen, daß der Bürger in eigener Initiative und in eigener Verantwortung mehr für das Staatswesen, in dem er lebt, zuwege bringen kann als die Reglementierung von oben und die staatliche Bevormundung, die mit ihrer Bürokratie nur zu leicht jede private Initiative lähmt, sie mit detaillierten Vorschriften einengt und schließlich erstickt. Natürlich hätte die Freiwillige Feuerwehr sich nicht durchsetzen können, wenn ihr nicht schließlich doch die Behörden mit Verständnis entgegengekommen wären. Zu Anfang war das keine Selbstverständlichkeit, und es gab genug Beispiele dafür, daß die kommunalen Behörden aus manchmal gewiß sehr verständlichen Gründen die Entwicklung der Freiwilligen Feuerwehr durch mangelnde finanzielle Unterstützung verzögerten. Für die Freiwillige Feuerwehr in Lüdenscheid war es ein Glücksfall, daß sie in Bürgermeister Selbach ein Stadtoberhaupt hatte, das sie in jeder Hinsicht unterstützte und alles tat, um sie zu fördern.

Aber auch mit dieser Unterstützung wäre die Freiwillige Feuerwehr ähnlich wie die Pflichtfeuerwehr, die ihr vorausging, zu einem unzulänglichen Unternehmen geworden, wenn sie nicht dann das ihr eigene Maß an Idealismus und Opfersinn entwickelt hätte, das bis in die jüngste Zeit ihre besondere Eigenschaft gewesen ist. Ihre Mitglieder stellten nicht nur Geldmittel und Bauplätze zur Verfügung, sie opfereten auch ihre Freizeit, sei es zur Durchführung von Geldsammlungen zum weiteren Ausbau ihres Geräteparks oder zur Errichtung von Gerätehäusern oder Übungstürmen, um die Kosten möglichst niedrig zu halten.

»Dem Nächsten zur Wehr.« Aus den mancherlei nachbarschaftlichen Organisationen unserer Stadt ragt die Freiwillige Feuerwehr in besonderem Maße heraus, da sie sich als Aufgabe gestellt hat, dem Nächsten durch Einsatz der eigenen Person zu helfen, sein Hab und Gut im Falle der Gefahr zu schützen und ihm die Gewißheit zu geben, daß er nicht allein gelassen ist. Diese Aufgabe hat die Freiwillige Feuerwehr lebendig erhalten, zumal ihr heute weitere Gebiete der Nächstenhilfe zugeteilt wurden.

Neben dem Dienst am Nächsten wurde nie vergessen, den Zusammenhalt in den eigenen Reihen zu fördern. Zur Freiwilligen Feuerwehr stießen Mitglieder der verschiedensten Berufe und aller Schichten der Bevölkerung. Der sich wandelnden sozialen Struktur der Lüdenscheider Bevölkerung entsprechend wurde der An-

teil der Arbeiter im Laufe der Zeit immer größer. Aber der gemeinsame Dienst, die gemeinsame Aufgabe, das Zusammenstehen im Augenblick der Gefahr, die Gewißheit, sich aufeinander verlassen zu können, machte aus vielen eine Gemeinschaft.

### Anmerkungen:

- 56) StALüd A 1437.
- 57) StALüd A 1441.
- 58) Protokolle der Freiw. FW: Gen.-Vers. v. 3. 10. 1888.
- 59) A. a. O.
- 60) Prot. der freiw. FW 1877-98: Vorstandssitzg. v. 14. 11. 1896.
- 61) Zit. nach LN 16. 3. 1972.
- 62) Vgl. hierzu den Aufsatz von W. Trieschmann in der Festschrift »100 Jahre Freiw. Feuerwehr Lüdenscheid«.
- 63) StALüd A 1439.
- 64) StALüd A 1444.
- 65) A. a. O.
- 66) A. a. O.
- 67) StALüd A 1444.
- 68) A. a. O.: Schreiben v. 27. 1. 1917.
- 69) Vgl. Hostert, S. 149 ff.
- 70) StALüd A 1444.
- 71) Prot. der Freiw. FW 1916-55.
- 72) LGA 14. 4. 1928 (Leserbrief).
- 73) Prot. der Freiw. FW 1916-55: Sitzg. v. 4. 5. 1928.
- 74) LGA 29. 12. 1925.
- 75) StALüd B-60-11b.
- 76) Prot. d. Fr. FW 1916-55.
- 77) A. a. O.: Kommandositzg. v. 3. 5. 34.
- 78) Festschrift 1938, S. 12.
- 79) StALüd.
- 80) StAMü: Oberpräsidium Nr. 5010: Karte v. 1936 zum Bericht des O-Bgmstrs. v. 9. 5. 1936.
- 81) Dienstvorschrift v. 6. 9. 1935, Satz 15 (StALüd).
- 82) Reichsgesetzblatt 1938 I, S. 1662 f.
- 83) StALüd B-000-52: Durchf.-VO z. Ges. über das Feuerlöschwesen v. 24. 10. 1939.
- 84) »Rote Erde« 16. 10. 1940.
- 85) LGA 15. 10. 1940.
- 86) Prot. d. Fr. FW 1916-55.
- 87) StALüd B-000-52: Schreiben Schlötermanns v. 5. 2. 1946.
- 88) Sauerländer: Vom Zustand der Feuerrüstung im Kirchspiel Lüdenscheid, in: WR 2. 6. 1950.
- 89) StAMü: Reg. Arnsberg I Nr. 199: Bericht des Landrats v. 21. 10. 1881.
- 90) AALüd B 165.
- 91) AALüd B 169.
- 92) Nach den Protokollbüchern der Festschrift 1969 und Zeitungsartikeln.
- 93) Motorspritze mit 800 l/m Leistung.
- 94) Nach den Protokollbüchern, der Festschrift 1955 und Zeitungsartikeln.
- 95) Nach den Protokollen der Freiw. Feuerwehr Homert 1931-1976.
- 96) Der Turm mußte wegen des Baus der Autobahn 1970 abgebrochen werden, ebenso das dort befindliche Gerätehaus.
- 97) Nach den Protokollen der Freiw. Feuerwehr Brügge, der Festschrift 1964 und Zeitungsartikeln.
- 98) Nach Reden und Notizen zum 60jährigen Jubiläum 1971.

### Quellen- und Literaturverzeichnis (Forts.):

- A. Quellen  
 Protokollbücher:  
 Protokollbuch der Freiw. Feuerwehr Oberrahmede 1909-1976.  
 Protokolle der Spritzenproben Brüninghausen 1884-1896.  
 Protokollbuch der Freiw. Feuerwehr Brüninghausen 1905-1930.  
 Desgl. der Freiw. Feuerwehr Homert 1931-1976.  
 Desgl. der Freiw. Feuerwehr Brügge 1889-1923.  
 Desgl. 1924-1935.  
 Desgl. 1936-1965.
- B. Literatur  
 Festschriften:  
 60 Jahre Freiw. Feuerwehr Oberrahmede (1969)  
 (zit.: Festschrift Oberrahmede)
- Festschrift des Löschzugs VI Brüninghausen zum 50jährigen Bestehen (1955)  
 (zit.: Festschrift Brüninghausen)
- 75 Jahre - Festschrift der Freiw. Feuerwehr Brügge 1964  
 (zit.: Festschrift Brügge)